

A-3 Verurteilung von LSBTTI*-Diskriminierung in Polen

Antragsteller*in: Miriam Matz (KV Saalekreis), Christian Franke-Langmach (KV Altmark), Bastian George (KV Dessau-Roßlau)

Tagesordnungspunkt: 5. Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Innerhalb eines Jahres wurden in Polen 87 Zonen (Regionen, Landkreise und
- 2 Gemeinden) deklariert, die sich als frei von LSBTTI* oder frei von LSBTTI*-
- 3 „Ideologie“ bezeichnen. Dadurch werden LSBTTI*-Personen, Lesben, Schwule,
- 4 Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und intergeschlechtliche Menschen, aktiv
- 5 diskriminiert, ausgegrenzt und eingeschüchtert. Die polnischen
- 6 Gebietskörperschaften verstoßen aus unserer Sicht gegen die EU
- 7 Antidiskriminierungsrichtlinie, aber auch gegen die polnische Verfassung, in der
- 8 die „unveräußerliche Würde“ jedes Menschen geschützt ist – gedeckt durch die
- 9 rechtskonservative PiS-Regierung.

- 10 Die Deklarationen sind gespickt mit Formulierungen zur „Widernatürlichkeit“ von
- 11 LSBTTI*-Menschen und einem vermeintlichen Widerspruch zu christlichen Werten.
- 12 Flankiert werden diese Beschlüsse durch verbale Attacken polnischer Bischöfe
- 13 gegen Homo- und Transsexuelle. Die sichere und freie Lebensgestaltung von nicht-
- 14 heteronormativen Menschen ist in Polen bedroht! Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 15 Sachsen-Anhalt ist das nicht hinnehmbar, dass Menschen in ihren Grundrechten
- 16 beschnitten werden und sich vor Gewalt fürchten müssen, wie die tätlichen
- 17 Angriffe auf Pride-Veranstaltungen im vergangenen Jahr zeigen. Wir sind
- 18 solidarisch mit den betroffenen Menschen und stehen an ihrer Seite!

- 19 Auch in der Woiwodschaft Masowien, Sachsen-Anhalt Partnerregion, haben
- 20 Landkreise und Gemeinden LSBTTI*-feindliche Resolutionen verabschiedet. Im
- 21 Austausch mit unseren Partnerregionen, -kreisen und -gemeinden werden wir auf
- 22 diese Verstöße hinweisen, unsere Ablehnung der Deklarationen verdeutlichen und
- 23 Kontakt zu betroffenen Einrichtungen und Menschen suchen. Hier sind auch die
- 24 Kirchen, sowie alle zivilgesellschaftlichen Akteure gefragt, in ihren Kontakten
- 25 nach Polen diesen Positionen zu widersprechen und zum Schutz der Freiheits- und
- 26 Minderheitsrechte beizutragen.

- 27 Wir werden die Entwicklungen in den Partnerstädten weiter beobachten und den
- 28 Dialog zu unseren gemeinsamen europäischen Werten suchen.

- 29 In Kommunen, die Partnerschaften zu polnischen Städten unterhalten, in den
- 30 solche Deklaration bereits verabschiedet wurden, wollen wir auf einen Brief mit
- 31 der Aufforderung zur Widerrufung der Deklaration hinwirken. Auch die Aussetzung
- 32 oder Beendigung der Partnerschaft darf kein Tabu sein. Französische Kommunen
- 33 haben in dieser Frage gegenüber ihren polnischen Partnern bereits klar Kante
- 34 gezeigt.